

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
K. A. tion, Druck u. Verlag von H. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 7. Mai 1881.

Nr. 212.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 6. Mai.

Präsident v. Capelle eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretäre von Bötticher, von Stosch, Scholz; Bevollmächtigte zum Bundesrathe: v. Mittnacht, Edler v. d. Planitz, v. Schmidt, Haber du Jaur, Graf Lerchenfeld, Dr. v. Mayr, Kaffner, Graf Rostitz-Ballwin, v. Berdy, Graf Rylander und zahlreiche Kommissare, darunter der Geh. Ober-Postrath Kramm, Geh. Ober-Regierungs-Rathe Dr. von Müller, Lohmann, Wickenborn.

Nachdem der Reichstag heute die zweite Beratung der allgemeinen Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für 1875, sowie die zweite Beratung der Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reiches für das Etatsjahr 1879/80 nach den Anträgen der Rechnungs-Kommission erledigt hatte, setzte derselbe die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung fort.

Zuerst erhielt das Wort der Abg. Freiherr Langewiesch v. Simmern, welcher sich gegen zweiwährige Budget-Perioden aussprach, weil es technisch unausführbar sei, für zwei Jahre eine begründete Etats-Aufstellung zu liefern.

Fürst zu Hohenlohe-Langenburg plaidierte für Annahme der Artikel 24, 69 und 72, erklärt sich aber gegen den Artikel 13 in der Kommissions-Fassung, weil er, trotz Herrn von Bennigsen's Berufung auf den Minister v. Westphalen, in diesem Artikel einen Eingriff in die Privilegien der Krone erblickt. So gut wie früher auf Wunsch des Reichstages die Session vom Oktober auf das Frühjahr verlegt worden sei, könne die Reichsregierung einem in entgegenge-setzter Richtung ausgesprochenen Wunsche nachkommen.

Dann gelangt der Abg. Ritter zum Worte, der in etwas verworrenen Weise seine Gegnerschaft zur Regierungsvorlage zu dokumentiren versucht und dabei seine Verwunderung ausdrückt, daß die „Provinzial-Korrespondenz“ alle Theile Bismarck'scher Reden einzeln in besonderen Artikeln bringe, aber niemals eine Rede eines Mitgliedes der Opposition. In bekannter Weise giebt er sich selbst den Anschein eines Kassandrabildes und erntet wiederholt schallendes, ironisches Lachen aus dem Centrum und der rechten Seite des Hauses.

Nicht besser erging es dem Abg. Eugen Richter, der die zur Beratung stehende Vorlage wieder einmal mit dem Herrn Reichskanzler verwechselte, und sich statt mit der Kritik des Gesetzesentwurfs mit einer Kritik der Person des Fürsten Bismarck, der officiellen Presse, der „Ostpreussischen Zeitung“ u. beschäftigt.

Der nach ihm als Redner auftretende Abg. Dr. Windthorst glänzte durch sarkastische Bemerkungen gegen die Nationalliberalen und Konservativen und das zwischen beiden bisher bestehende Verhältniß. Er sprach sich energisch gegen die Maßregelgebung aus und wandte sich in aus-schweiflicher Weise gegen die Regierungsvorlage.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Nach einem Schlusswort des Referenten erfolgt Abstimmung. Derselbe bleibt zweifelhaft, weshalb Auszählung des Hauses erfolgt. Für den Artikel 13 in der Kommissionsfassung stimmen 140, gegen denselben 129 Mitglieder; derselbe ist daher mit 11 Stimmen Majorität angenommen.

Bemerkenswerth ist, daß das Centrum getheilt stimmte und zwar erklärte sich der preussische Theil desselben für den Kommissionsantrag, die bedeutenden Mitglieder des Centrums jedoch gegen denselben. Danach wurde Art. 69 abgelehnt.

Zu Art. 24 (vierjährige Legislatur-Perioden) nimmt Abg. v. Malchahn-Gülz das Wort, die Annahme desselben im Interesse der Wähler, die endlich einmal zur Ruhe kommen müßten, empfehlend.

Desgleichen empfiehlt der Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg diese Annahme.

Abg. v. Bennigsen spricht sich in demselben Sinne wie gestern, Abg. Dr. Windthorst — mit einigen sarkastischen Seitenhieben auf den Abg. v. Bennigsen — für vierjährige Legislatur-Perioden aus, da die Nationalliberalen es ja in der Hand hätten, zweiwährige Budgetpe-

rioden für die Zukunft zu verhindern, was ja auch bei der seit gestern von Herrn v. Bennigsen be-lundeten Charakterfestigkeit zu erwarten siehe.

Nach einigen Worten des Staatssekretärs v. Bötticher sprechen noch die Abgg. Richter (Hagen) und Dr. Windthorst. Zwischen den beiden Abgeordneten entsteht eine sich mehr ins Persönliche ausprägende Debatte.

Nach Bemerkungen einiger anderen Abgeordneten wird die Diskussion geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Art. 24 nach der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Art. 72 wird (da § 69 abgelehnt ist) selbstredend abgelehnt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten.

Bei der General-Diskussion nimmt Abg. Sonnemann das Wort, um die Rückverweisung an die Kommission zu beantragen.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Abg. Hasenclever konstatirt zum dritten Male, daß er sich zum Worte gemeldet und nicht zum Worte gelangt sei. Ein solches Verfahren sei ein Terrorismus.

Redner wird hierfür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Zu § 1 sprechen die Abgg. Richter (Hagen) und Dr. Windthorst.

Dann wird zur Abstimmung über einen Antrag Windthorst's geschritten, welcher in den Paragraphen 1 und 2 des Entwurfs statt „Dienst-einkommens“ setzen will: „baaren Gehalts“.

Da die Abstimmung zweifelhaft bleibt, so erfolgt Auszählung des Hauses. Mit Ja stimmen 135, mit Nein 129; der Windthorst'sche Antrag ist somit angenommen.

Auch bei der Abstimmung über § 1 muß Auszählung stattfinden. Der Paragraph wird mit 135 gegen 134 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über das ganze Gesetz, die eine namentliche ist, stimmen 140 Mitglieder mit Ja und 131 Mitglieder mit Nein. Das Gesetz ist somit definitiv genehmigt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Tagesordnung: Rechnungssachen, Petitionen, Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, Verbrauchssteuer, Antrag Ademann betr. die Abänderung der Reichs-Konvention.

Schluss 4 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Deutschland

Berlin, 6. Mai. Aus Veranlassung der Feier der goldenen Hochzeit des Kaisers ist von Freunden des Waldes und des Waldwerks, wie seiner Zeit berichtet worden, eine Stiftung begründet und von Sr. Majestät unter dem Namen „Wilhelm-Stiftung“ genehmigt worden. Diese Stiftung hat ihren Sitz in Gr.-Schönebeck im Regierungsbezirk Potsdam und verfolgt den Zweck, bedürftigen und würdigen Söhnen von preussischen Staats-, Kommunal- und Privat-Förstlichkeitsbeamten ihre Ausbildung für das Forstfach während des Besuchs der Forstschule zu Gr.-Schönebeck oder ähnlicher Fortbildungsanstalten durch Gewährung von Unterstützungen zu erleichtern. Das Statut dieser Stiftung ist jetzt vom Kaiser genehmigt worden und wird demnächst im „Jahrbuch der preussischen Forst- und Jagdgesetzgebung und Verwaltung“ veröffentlicht werden.

Die „Tribüne“ trat meiner neulichen Angabe, daß der Kultusminister nicht die Absicht gehabt habe, jetzt nach der Rheinprovinz eine Reise zu unternehmen, mit der Behauptung entgegen, daß der Regierungspräsident von Hagenmeister in Düsseldorf den Landrathen seines Bezirks eine solche Reise anvisirt habe. Jetzt sieht sich das Blatt genöthigt, seinen Lesern von einem Schreiben Kennt-niß zu geben, in welchem Herr von Hagenmeister erklärt, daß er „über eine bevorstehende Reise des Kultusministers nach der Rheinprovinz nichts gewußt und daher auch nicht in der Lage gewesen sei, die Landrathen hiervon zu benachrichtigen“.

Berlin, 6. Mai. Die letzte Rede des Fürsten Bismarck gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Bennigsen wird seitens der fortschrittlichen Presse in die Worte übersezt: „Her zu mir!“ und zwar mit dem Zusaß, daß Herr v. Bennigsen schwerlich diesem Zurufe des Kanzlers Folge

leisten werde. Es scheint in dieser Notiz die indirekte Aufforderung zu liegen, daß Herr v. Bennigsen sich zu der noch in der Schwebe befindlichen „großen liberalen Partei“ wenden möge. Jedenfalls läßt die Rede des Fürsten-Reichskanzlers an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und sie muß unbestritten auf konservativer Seite als ein klärendes Ereigniß von hoher Bedeutung begrüßt werden.

Provinzielles.

Stettin, 7. Mai. Die königliche Eisenbahn-Direktion macht bekannt, daß auch auf den Strecken der Berlin-Stettiner Eisenbahn fortan für Abonnementskarten für Schulkinder der selben Familie erweiterte Fahrpreis-Ermäßigungen in-soweit gewährt werden, als für jedes Kilometer der zu durchfahrenden Strecke für 2 Kinder (Geschwister) in 3. Klasse 2 Pf., in 2. Klasse 3 Pf., für 3 Kinder in 3. Klasse 2,66 Pf., in 2. Klasse 4 Pf., für 4 Kinder in 3. Klasse 3,33 Pf., in 2. Klasse 5 Pf. und für 5 Kinder in 3. Klasse 4 Pf., in 2. Klasse 6 Pf. zur Erhebung gelangen. Für die Gewährung dieser Ermäßigung ist jedoch Bedingung, daß die Bestellung sämtlicher Karten für Geschwister in einem und demselben Antrage und auf gleiche Zeitdauer erfolgt.

Die Prüfung derjenigen Präparanden, welche ihre Aufnahme in das Schullehrer-Seminar zu Ramin zu einem dreijährigen Lehrkursus wünschen, wird am 26. und 27. August d. J. abgehalten werden.

Der als Förderer der künstlichen Fischzucht wohlbekannte Rittergutsbesitzer Ehardt-Rübinen hat von der Königl. Regierung verschiedene Erlaubnisse erhalten, aus dem Madü-See in der gesetzlich vorgeschriebenen Schonzeit (15. November bis 7. Dezember) eine Anzahl Laich-Maränen zu fangen, um diesen kostbaren Fisch in andere Gewässer zu verpflanzen. Von der gezogenen jungen Brut hat Herr Ehardt vor einigen Wochen 50,000 Stück der Madü übergeben. Außerdem hat er 30,000 junge amerikanische und über 100,000 Stück Bodensee-Maränen in die Madü eingesezt und denkt später die Brut des amerikanischen Landlock-Lachs nachfolgen zu lassen. Auf diese Weise hofft Herr Ehardt dem von der Natur für Fischzucht so kostbar ausgestatteten Madü-See hinsichtlich des Fischreichthums einen großartigen Aufschwung zu verleihen, welcher die jetzt so kümmerliche Rente aus dem See erheblich steigern muß. Herr Ehardt hat nun gebeten, ihm auch in der diesjährigen Schonzeit die Entnahme von 50 Laich-Maränen aus der Madü zu gestatten. Diesem Wunsche wird voraussichtlich entsprochen werden, da eine Prüfung der Frage, ob das Fischen und resp. die Entnahme von Laich-Maränen dem Bestande dieser Fischart nicht empfindlichen Schaden bereite, ein für Herrn Ehardt entliehenen günstiges Resultat ergeben hat. Das erforderliche Gutachten eines bewährten Sachverständigen führt aus, daß sich seit 2 Jahren in der Madü eine ungewöhnlich große Menge junger Maränen gezeigt habe. Diese Erscheinung sei nicht allein auf das Einsetzen der jungen Brut durch Herrn Ehardt, sondern hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in der Laichzeit gefischt worden sei. Hierdurch seien die Fische beunruhigt und dadurch ein ungestörtes Verzeihen des Maränenlaichs theils durch andere Fische, theils durch die Maränen selbst verhindert worden. Gerade in den Jahren, in welchen die Schonzeit streng inne gehalten worden, seien die schlechtesten Resultate erzielt, dagegen habe in früheren Jahren, als gar nicht geschont wurde, der Fang durchschnittlich reichlichere Erträge ergeben. Jedenfalls sehe man fest, daß die Schonzeit für die Vermehrung der Maräne ohne jede Bedeutung sei. Ähnliche Urtheile über die Laich- und Fisch-schonzeit überhaupt sind auch schon früher von Sachverständigen abgegeben, aber sie sind an maßgebender Stelle ungehört geblieben. U. A. war der verstorbene Oberförstmeister Grunwaldt in Wollin ein energischer Gegner der neueren Schongesetze. Nach den bisherigen wenig erfreulichen Erfahrungen scheint es in der That mit den Resultaten des Schonens nicht viel auf sich zu haben, denn trotz jahrelangen Schonens mehrten sich die Klagen über rapide Abnahme des Fischbestandes. Hoffentlich wird die Frage in nicht allzu ferner Zeit zum Austrage kommen, und es ist keineswegs unwahr-

scheinlich, daß sie mit einem glänzenden Siege der Praxis über die Theorie des grünen Fisches endigen wird. (Offiz.-Ztg.)

(Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat April 1881.) Zu Amtsrichtern sind ernannt: der Gerichtsassessor Gaede bei dem Amtsgericht in Belgard, der Gerichtsassessor Berg bei dem Amtsgericht in Tempelburg. — Der Referendar Hansen ist zum Gerichts-Assessor ernannt. — Zu Referendarien sind ernannt: die Rechtskandidaten Rabe, von Lepell, Preußner und Wilhelm. — Der Referendar von Falkenhayn ist aus dem Bezirk des Kammergerichts in den diesseitigen übernommen.

Ausgeschieden sind die Referendare: Henning und Bicht behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst. — Den Charakter als Justizrath haben erhalten die Rechtsanwälte und Notare Hesse in Stargard, Webe in Schlawe, Ziemsen in Stralsund. — In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Albrecht aus Berlin bei dem Amtsgericht in Pasewalk, der Gerichtsassessor Jurje in Stettin und der Rechtsanwalt Boehnte in Pasewalk bei dem Landgericht in Stettin. — Der Amtsrichter Ziedler in Forst ist zum Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Griesenhagen, ernannt. — Der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Dietrich in Demmin und der Gerichtsschreiber Sekretär Hoff in Anklam sind gestorben. — Der bisherige Gerichtsvollzieher kraft Auftrages Küntopp ist zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in Tempelburg ernannt.

Ein menschenfreundliches Unternehmen, welches in den weitesten Kreisen die größte Theilnahme verdient und dem nicht genug Unterstützung gewährt werden kann, ist der Verein der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Derselbe besteht z. Z. aus 48 Bezirksvereinen und 143 Vertreterschaften mit ca. 34,000 Mitgliedern und hat 89 Rettungstationen an den deutschen Küsten errichtet, durch welche bis zum März d. J. 1173 Personen dem Tode durch die Wellen entziffen wurden.

Einen außerordentlichen Kunstgenuß bot uns am Freitag das Jean Beder-Quartett, dessen Oberhaupt wir als erste Kraft des „Florentiner Quartetts“ schon längere Zeit kennen. Wir hörten diesmal den Vater mit seinen Kindern, dem Fräul. Jeanne Beder und den Herren Hans und Hugo Beder, und müßten kranken über den Segen, mit dem die Kunstgötter in so reichem Maße diese Familie beglückt hat. Jeder Einzelne ist ein Künstler von großer Bedeutung, das Ensemble aber von einer Eleganz und Feinheit, daß seine Wirkung auf Herz und Gemüth eine geradezu eminente ist. Hier muß jeder sich der Macht der Töne beugen. Jeder Nummer des Programms, Ensemble wie Solo-Piece, widerfuhr die denkbar künstlerischste Behandlung. Was Jean Beder selbst zu leisten vermag, ist bekannt. Er lebt für die Kunst und mit seiner Geige, der er die wunderbarsten, reinsten und süßesten Töne entlockt und bei deren Spiel man nicht recht weiß, ob man mehr die glänzende Technik bewundern soll, die der Künstler sein eigen nennt oder den fesselnden Reiz seines ausdrucksvollen Vortrages. Fräulein Jeanne Beder, die nicht nur die Klavierpartie im Quartett und die Begleitung zum Cello- und Bratsche-Vortrag, sondern auch allein einige Salonstücke von Silas, Liszt und Raff mit tadelloser Fertigkeit spielte, verleiht sich als eine Pianistin von nicht untergeordnetem Range. Ihr Spiel besaß Kraft wie leichte Eleganz und verräth ein großes Verständniß für den Meister, dessen Werke sie gerade spielt. Sie erntete für ihre Vorträge lautersten Beifall. Die Herren Hugo Beder (Cello) und Hans Beder (Bratsche) bekundeten gleiche Künstlerkraft. Das Publikum blieb im Enthusiasmus.

Der Komponist und Pianist A. Lafer hat die gegen 500 Seiten starke Partitur zu einer zweiaktigen Opera buffa, betitelt „Der Brautkuss“, beendet. Die Oper wird demnächst dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in Berlin und dem Stadttheater in Frankfurt a. M. zur Aufführung eingereicht werden. Einzelne Piesen aus derselben, für den Konzert-Vortrag bearbeitet, werden in kürzester Zeit in hiesigen Konzerten zum Vortrage kommen.

Die königliche Eisenbahn-Direktion zu

